

„Prostitution ist Gewalt, kein Beruf“

Diskussionsveranstaltung zum neuen Gesetz gestern Abend im Prediger-Refektorium

Ganz viel Empörung gab es gestern bei der Diskussionsveranstaltung „Prostitution ist Gewalt, kein Beruf“. Empörung darüber, dass sich hierzu-lande derzeit keine Mehrheit findet fürs schwedische Modell der Freierbestrafung und über das als „zahnloser Tiger“ wahrgenommene neue Gesetz.

SCHWÄBISCH GMÜND (bt). Elke Heer, Frauenbeauftragte der Stadt, begrüßte im Predigerrefektorium zu einer Veranstaltung, die Solwodi, der Kreisfrauenrat, das Frauenforum und die Soroptimistinnen organisiert hatten und bei der es sehr eindrückliche Momente gab. So erzählte Marietta Hageney, Kreisfrauenrätin und Vertreterin des Club Soroptimist, wie sie in Begleitung von Manfred Paulus nach Rumänien gereist war. Paulus hat viele Jahre bei der Kripo Ulm gegen Rotlicht-Kriminalität gekämpft und ist mit über 70 Jahren noch immer auf seiner Mission gegen Menschenhandel. Die Abordnung erreichte mit Hilfe rumänischer Club-schwwestern über 400 junge Leute, von denen fast zwei Drittel deutlich gemacht hatten, dass sie in Deutschland leben wollten. Mit Hilfe des Filmes „Human Trafficking – Menschenhandel“ zeigten sie auf, wie junge Frauen von traumhaften Männern mit der Verheißung eines traumhaften Lebens – oder auch nur eines Service-Jobs – nach Deutschland gelockt und hier in jeder Beziehung unter Druck gesetzt werden. Wie dann das gelobte Land nichts bringt als Zwangsprostitution und unsägliches Leid. „Wenn wir das nur einer erspart haben, war's gut.“

Der Blick aufs schwedische Modell

Das eigentliche Problem: Die Sprachlosigkeit – in jeder Beziehung – der jungen Prostituierten, denen weisgemacht wird, sie seien kriminell und rechtlos, die bedroht werden, ohne deren Aussage aber keine Verurteilung möglich ist. Ingrid Krumm, Solwodi-Begründerin im Ostalbkreis und Soroptimistin, schilderte zudem, wie ein Mädchen kurz vor dem 15. Geburtstag aus einem Bordell gerettet wurde, das mit „tabulosen Teenies“ geworben hatte. Der Verantwortliche wurde zu einer Bewährungsstrafe verurteilt.



Elke Heer, Marietta Hageney, Christian Lange, MdB, Ingrid Krumm, früher Gleichstellungsbeauftragte im Kreis, und KOK Christian Gehring. Foto: bt

Elke Heer ging auf die Geschichte der Prostitution in Deutschland ein, die seit 1927 legal aber „sittenwidrig“ war. Der Versuch 2002, diese Doppelmoral anzugehen und Prostituierten zu mehr Rechten, auch zu Sozial- und Krankenversicherung zu verhelfen, gilt heute als katastrophaler Fehlgriff, der Deutschland zum Freudenhaus Europas zu machen drohte und in erster Linie den Bordellbesitzern diene. Prostituierte sind erheblichen psychischen und physischen Gefährdungen ausgesetzt. Viele befinden sich in einer Situation, in der es fraglich ist, ob sie sich frei und autonom für oder gegen diese Tätigkeit entscheiden können. Um Frauen besser vor Menschenhandel und Zwangsprostitution schützen zu können, hat die Bundesregierung im Juli das Prostitutionsgesetz novelliert. Darüber informierte Elke Heer.

Kriminaloberkommissar Christian Gehring sprach von geschätzt 30 Prostituierten in elf Rotlicht-Etablissements im Ostalbkreis. Etwa 30 weitere böten sich als so genannte Hobby-Huren in Internetportalen an. Gehring zeigte auf, dass der Prostituierten-Alltag mit Pretty Woman-Romantik rein gar nichts zu tun habe. Im Schnitt hundert Euro zahle eine solche Frau pro Tag für ihr Zimmer im Bordell, und das bei immer härter werdendem

Preis- und Konkurrenzkampf. Es gebe einige wenige Damen, die freiwillig und selbstbestimmt arbeiteten und 7000 bis 9000 Euro im Monat erwirtschafteten. Bei den meisten werde davon ausgegangen, dass sie den gesamten Verdienst abgeben müssen. Die Polizei werde angelogen, wohl aus Angst, und dann gebe es keinerlei Handhabe. Gehring meinte, sehr hilfreich wäre ein Meldesystem, eine Datenbank, die Auskunft gebe wo genau sich die Damen aufhielten, wenn sie als Zeuginnen gesucht würden. Mehrfach wurden gestern von nahezu allen Podiumsteilnehmerinnen und -teilnehmern Gräuel angedeutet, die im Rahmen dieser Veranstaltung nicht explizit genannt werden könnten: „Schier Unvorstellbares“ werde den jungen Frauen angetan.

Christian Lange, MdB, erklärte, das neue Gesetz bringe eine deutliche Verschärfung im Strafrecht und so viele objektive Straftatsbestände zu Menschenhandel und Zwangsprostitution wie möglich. So mache sich jetzt der Taxifahrer strafbar, der eine junge Frau in Empfang nehmen und sie bei aktivierter Kindersicherung jeden Tag im Bordell abgebe. Vor allem könnten Freier belangt werden, wenn es Hinweise auf Zwangsprostitution gebe. Lange, Parlamentarischer Staatssekretär im Justizministerium,

ging auf die Vorteile des Entwurfs mit den unumgänglichen Beratungsgesprächen ein, zitierte auch Ministerin Manuela Schwesig, die gesagt hatte es könne nicht sein, dass es in Deutschland einfacher sei, ein Bordell zu eröffnen als eine Pommestube. Dagegen werde jetzt einiges unternommen. Die Beweislast umzukehren, damit die Rechtsstaatlichkeit auszuhebeln stehe freilich völlig außer Frage.

Marietta Hageney nannte das neue Gesetz eine unglaubliche Enttäuschung – wie später auch Männer und Frauen aus dem Publikum. Dieses Gesetz helfe lediglich den zehn bis 15 Prozent deutschen Frauen, die sich für Prostitution entschieden und selbst bestimmten wie viele Männer ihren Körper wie benutzen dürften. An der eigentlichen Zielgruppe gehe es völlig vorbei. Ingrid Krumm erklärte, 70 Prozent der Schweden fänden es mittlerweile in Ordnung, dass Freier bestraft würden: „Gesetze schaffen Kultur.“ Vor allem lernten junge Schweden, dass Prostitution Menschenrechtsverletzung sei – und eben verboten. Das schaffe ein ganz neues Unrechtsbewusstsein.

Auch in Deutschland Öffentlichkeit zu schaffen, sich mit all dem Elend zu befassen bis kein anderer Weg mehr bleibe als das schwedische Modell, das zeichnete sich fürs Publikum als Lösungsansatz ab.